

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Jahresbericht Eritrea 2017

Während der 35. Sitzung des UN-Menschenrechtsrats vom 6. – 23. Juni 2017 forderte die UN-Sonderberichterstatterin über die Menschenrechtssituation in Eritrea die internationale Staatengemeinschaft zur Sanktionierung der in Eritrea stattfindenden Menschenrechtsverletzungen auf. Seit Beginn ihres Mandats im Jahr 2012 hat die Sonderberichterstatterin Fälle von Versklavung, erzwungenem Verschwindenlassen, Vergewaltigung, Folter und Misshandlungen dokumentiert. Ihre Berichte decken sich mit den Informationen, die Amnesty International vorliegen.

Die Menschenrechtssituation in Eritrea ist seit 1991 prekär. Hervorzuheben ist der für alle Männer obligatorische unbefristete Militärdienst. Trotz gegenteiliger Versprechungen der Regierung ist nach wie vor jeder Mann unbefristet zum Militärdienst verpflichtet. Teilweise dauert der Militärdienst somit Jahrzehnte an.

Amnesty International forderte den UN-Menschenrechtsrat auf, das Mandat der Sonderberichterstatterin auszuweiten und sich weiter für die Umsetzung der Empfehlungen der UN-Untersuchungskommission für Eritrea einzusetzen. Eine dieser Empfehlungen ist es, alle Fälle von Menschenrechtsverletzungen, für die es ausreichende Beweise gibt, vor Gericht zu bringen.